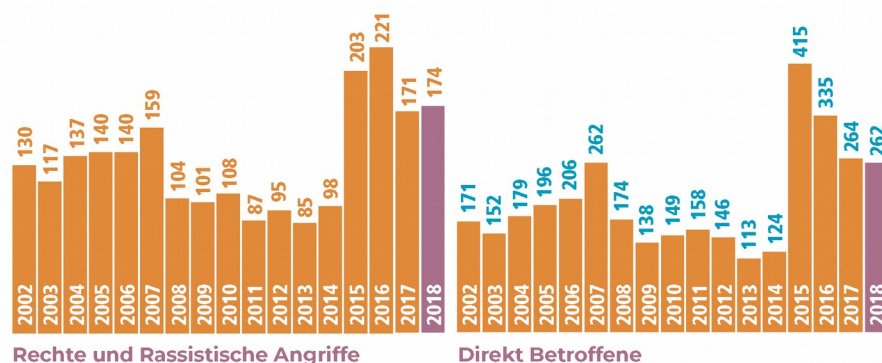


RECHTE GEWALT IST NORMALITÄT IN BRANDENBURG

Verfestigung des Gewaltniveaus - Schwerpunktregionen Uckermark und Cottbus – Justiz überfordert

Für das Jahr 2018 hat die Beratungsstelle *Opferperspektive* 174 rechte Gewalttaten im Land Brandenburg verzeichnet. Damit verbleibt die Zahl der Angriffe weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Niveau. 2017 zählte die *Opferperspektive* 171 rechtsmotivierte Übergriffe. Bereits 2015 warnte die Beratungsstelle vor einer möglichen Normalisierung rechter Gewalt. Mit Blick auf die anhaltend hohe Anzahl rechter Attacks in den vergangenen vier Jahren muss heute konstatiert werden, dass diese Normalisierung eingetreten ist.

Rechte Angriffe: Verlauf 2002-2018

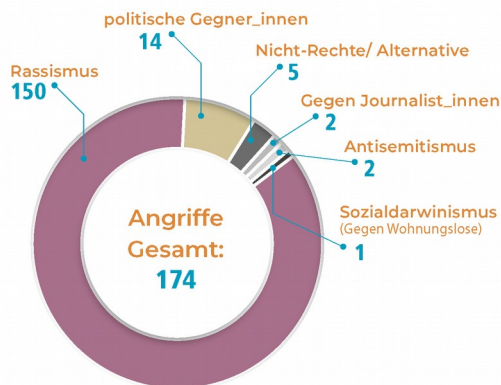


Tatmotivationen

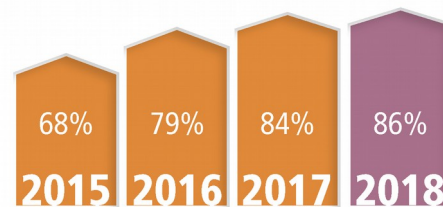
Die Normalisierung rechter Gewalt in Brandenburg basiert vor allem auf der Vielzahl rassistisch motivierter Angriffe. In 86 Prozent aller rechten Gewalttaten (150) war Rassismus das Motiv. Dies ist erneut ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr und ein weiterer Höchstwert seit Beginn des Monitorings im Jahr 2001. Einen Rückgang gab es hingegen bei Übergriffen durch Rechte auf politische Gegner*innen. Die Beratungsstelle erhielt nur noch von 14 solcher Vorfälle Kenntnis. Ein regionaler Schwerpunkt ist bei diesen Taten nicht auszumachen. Im vergangenen Jahr gab es allerdings jenseits von Cottbus und Rathenow kaum Versuche der rechten Szene, ihre Anhängerschaft auf der Straße zu mobilisieren und entsprechend wenig Konfrontation mit Gegendemonstrant*innen. In der Vergangenheit waren dies häufig Angriffssituationen. Fünf Gewalttaten richteten sich gegen nicht-rechte Jugendliche oder Alternative. Jeweils zwei Übergriffe wurden aus einer

antisemitischen Tatmotivation heraus verübt oder richteten sich gegen Journalist*innen, die rechte Veranstaltungen dokumentierten. Weiterhin wurde eine sozialdarwinistisch motivierte Tat gegen Wohnungslose erfasst.

Rechte Angriffe: **Tatmotivationen**



Tatmotivation-Rassismus: **2015/16/17/18**

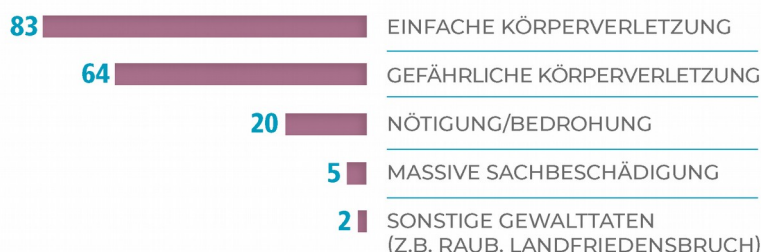


Tatbestände

Wie in den Jahren zuvor bilden Körperverletzungsdelikte den herausragenden Schwerpunkt rechter Gewalttaten in Brandenburg. Die *Opferperspektive* zählte 83 einfache Körperverletzungen (2017: 79) und 64 gefährliche Körperverletzungen (2017: 69). Weiterhin handelt es sich bei den meisten körperlichen Übergriffen um spontane Taten im öffentlichen Raum. Ein leichter Anstieg auf 20 Vorfälle ist für die Tatbestände Nötigung und Bedrohung festzustellen (2017: 13). Auch solche Taten haben oft massive Auswirkungen auf Betroffene, die im vergangenen Jahr bis hin zu Schul- oder Wohnungswechsel führten. Fünf Fälle von Sachbeschädigung waren in ihrer Begehung bzw. ihren Folgen für die Betroffenen so massiv, dass sie die *Opferperspektive* als Gewaltdelikte in der Statistik aufführt. Erstmals seit Beginn des Monitorings wurde der Beratungsstelle keine rechtsmotivierte Brandstiftung im Land Brandenburg bekannt. Geflüchtetenunterkünfte scheinen nicht mehr der Kristallisationspunkt rechter und rassistischer Agitation zu sein – auch migrantische Gewerbetreibende blieben, soweit bekannt, im vergangenen Jahr von Brandanschlägen verschont. Neben einem rassistisch motivierten Raub erfasst die Statistik einen Fall von gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr. In Eberswalde wurde eine Frau durch einen Rechten auf eine viel befahrene Straße gestoßen. Auch hier war das Tatmotiv

Rassismus. Unter den als gefährliche Körperverletzung eingestuften Taten finden sich Übergriffe von erheblicher Schwere. Bei einem gegen junge afghanische Geflüchtete gerichteten Gewaltexzess auf einem Volksfest in Dallmin (Prignitz) wurden die teils schon fast bewusstlosen Jugendlichen in mehreren Wellen angegriffen, getreten und geschlagen. Dabei wurden sie durch mehrere Personen mit schweren Arbeitstiefeln mit Tritten gegen den ungeschützten Kopf traktiert. Die Gefahr, bei diesem Angriff eine tödliche Verletzung zu erleiden, war groß. Die Betroffenen beschreiben das Erlebte als Nahtoderfahrung.

Rechte Angriffe: **Tatbestände**

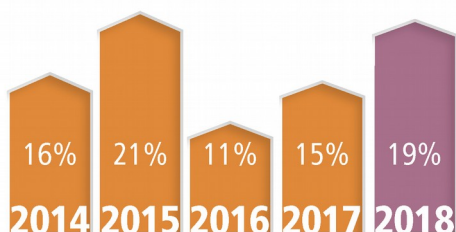


Tatbetroffene

Betroffene rechter Gewalt sind in Brandenburg überwiegend männlich (ca. 80 Prozent) und im jungen Erwachsenenalter. Im Jahr 2018 waren 19 Prozent der Betroffenen Frauen (50 von 262). Dies ist der höchste Anteil von Frauen als Betroffene in den letzten drei Jahren und bewegt sich am oberen Ende der über die letzten 10 Jahre beobachteten Schwankungsbreite des Frauenanteils unter den Tatbetroffenen von ca. 10 bis 20 %. Die meisten der angegriffenen Frauen (44 von 50) wurden aus rassistischen Motiven angegriffen. Bei derartigen Angriffen ist die Tatmotivation oft mit starken Elementen sexistischer Abwertung verschränkt.

Dies belastet die Betroffenen zusätzlich. Besonders schwer zu verarbeiten sind für die Betroffenen Fallkonstellationen, in denen schwangere Frauen oder Frauen in Gegenwart ihrer Kinder angegriffen werden. In derartigen Fällen belastet die Sorge um das Wohlergehen der Kinder die Betroffenen oft noch lange nach der Tat erheblich.

Übergriffe: **Frauen**



Eine besondere Gruppe Tatbetroffener sind afghanische Jugendliche und junge Erwachsene, die im Jahr 2018 in größerer Anzahl von Mitarbeiter*innen der *Opferperspektive* beraten wurden. Viele von ihnen sind psychisch und/oder physisch durch den Krieg in Afghanistan oder Gewalterfahrungen auf der Flucht vorbelastet. Das Erleben von rassistischer Gewalt in Deutschland reaktiviert und vertieft diese Traumata. Viele der afghanischen Klient*innen, die durch die *Opferperspektive* betreut werden, weisen entsprechende psychische Krankheitsbilder auf. Verschärft wird diese Situation durch die aktuell stattfindenden Abschiebungen nach Afghanistan. Bis auf wenige Ausnahmen leben die von der *Opferperspektive* beratenen afghanischen Klient*innen in Angst vor einer Abschiebung. Häufig äußern sie die Befürchtung, in der Folge ihr Leben zu verlieren. So ist es fatal, dass etwa die Stadt Cottbus dem Druck rassistischer Mobilisierung und prognostizierter Wahlerfolge der extremen Rechten nachgibt, und Menschen nach Afghanistan abschiebt. Die restriktive Abschiebepaxis der Stadt sucht mittlerweile landesweit ihresgleichen.

Auswirkungen rechter Gewalt

Das anhaltend hohe Niveau rechter Gewalt im Land Brandenburg prägt in nachhaltiger Weise den Lebensalltag potenziell betroffener Menschen, beeinflusst aber auch das politische und gesellschaftliche Klima in den Schwerpunktregionen negativ.

Viele potenziell betroffene Menschen, insbesondere Personen mit Rassismuserfahrungen, leben inzwischen deutlich wachsamer und haben Routinen entwickelt, mit der für sie stets präsenten Gefahr umzugehen. Als Vorsichtsmaßnahme werden bestimmte Örtlichkeiten nicht oder nur in Gruppen aufgesucht, größere Menschenansammlungen und Volksfeste gemieden, zu bestimmten Zeiten bestimmte Wege und Verkehrsmittel nicht genutzt, Freizeitaktivitäten deutlich eingeschränkt oder wenn möglich an subjektiv sicheren Orten wie Berlin verbracht. Der Rückzug der Betroffenen führt zu einer verminderten Teilhabe an der lokalen Gesellschaft. Damit einher gehen eine gravierende Enttäuschung und ein Vertrauensverlust in staatliche und kommunale Institutionen, die die Sicherheit der Betroffenen nicht gewährleisten können. Trotz derartiger Vermeidungsbemühungen kommt es vor, dass Betroffene rechter Gewalt und andauernden Feindseligkeiten unterhalb der Gewaltschwelle nicht ausweichen können. In diesen Fällen sind oft sich verfestigende psychische Probleme zu beobachten, die im Falle akuten Gewalterlebens zu manifesten psychischen Krankheitsbildern werden können. Diese reichen bis hin zu akuter Suizidalität. Im Jahr 2018 waren die

Berater*innen der *Opferperspektive* in zwei Fällen mit Suizidversuchen/ Suizidwünschen von Klienten nach Gewalterfahrungen befasst.

Schwere Auswirkungen kann das Erleben rassistischer Gewalt auf Personen haben, die unversehens damit konfrontiert sind, dass sie von einem relevanten Teil der Bevölkerung nicht als dazugehörig angesehen werden und Gewalt gegen sie für legitim gehalten wird. Wenn dann auch noch die Mehrheit vor Ort keine Position zu den Taten bezieht, wirkt es auf die Angegriffenen so, als ob diese Taten von der gesamten lokalen Gesellschaft mitgetragen werden. Dies betrifft insbesondere Deutsche mit Migrationsgeschichte und Schwarze Deutsche, die in großstädtischen Kontexten in Berlin und Westdeutschland sozialisiert wurden, dort seltener Rassismuserfahrungen machten, und nun Wohnsitz, Ausbildungsstätte oder Arbeitsplatz in Brandenburg wählen. Die massive Ausgrenzungserfahrung, die mit dem Erleben rassistischer Gewalt einhergeht, führt bei ihnen oft zu schwerwiegenden psychischen Erschütterungen.

Die manifeste Gefahr, v.a. für Migrant*innen, Deutsche mit Migrationsgeschichte und Schwarze Deutsche in Brandenburg Opfer rechter Gewalt zu werden, wirkt sich auch auf Unternehmen und Institutionen im Land Brandenburg aus. Vor allem für Hochschulen und große Unternehmen im Land Brandenburg stellen Angriffe auf Studierende und Beschäftigte, bzw. die Angst davor, einen Grund zur Sorge dar.

Rechte Gewalt und Straflosigkeit

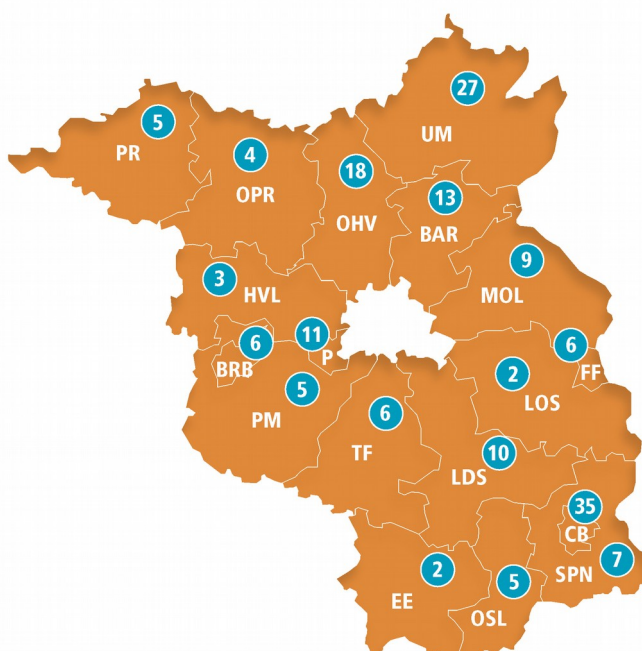
Das Fehlen einer tatnahen und damit effizienten Strafverfolgung ist und bleibt ein zentrales Problem in Brandenburg, das nicht mehr kleingeredet werden kann und darf. Überlange Wartezeiten auf Gerichtsverhandlungen sind ein Problem, das nicht nur im Fall rechter Gewaltdelikte zu beobachten ist. Hier hat es jedoch Auswirkungen, die für eine demokratische Gesellschaft besonders besorgniserregend sein sollten. Rechte und rassistische Vergehen sind politische Straftaten. Sie zielen darauf ab, mittels Gewalt den Charakter dieser Gesellschaft zu verändern. Menschen soll die Partizipation an der Gesellschaft verunmöglicht sowie der Wert ihres Lebens und ihre Würde verneint werden. Aktuell ist es keine Seltenheit, dass von der Tatbegehung bis zum Urteil zwei oder mehr Jahre vergehen. Derartig lange Verfahrensdauern werden von den Gerichten in der Regel strafmildernd berücksichtigt. Dieser Umstand ist längst keine seltene Ausnahme mehr in den von der *Opferperspektive* begleiteten Fällen. Die mildernden Strafen sind ein fatales Signal an Täter*innen und Betroffene. Die Täter*innen fühlen sich bestärkt,

weil ihre Gewaltausübung kaum sanktioniert wird. Die Betroffenen hingegen verlieren ihren Glauben an das Funktionieren des Rechtsstaates, insbesondere wenn sie während der Wartezeit auf den Prozess erneut rechte Gewalt erfahren müssen.

Regionale Entwicklung

Der seit 2016 von der *Opferperspektive* beschriebene Trend der regionalen Ausdifferenzierung bezüglich rechter Gewalttaten hat sich auch 2018 fortgesetzt. Gestiegen ist die Zahl rechter Angriffe in den Landkreisen Oberhavel (2018: 18, 2017: 12), Uckermark (2018: 27, 2017: 13), Märkisch-Oderland (2018: 9, 2017: 2), und Dahme-Spreewald (2018: 10, 2017: 4). Weitestgehend unverändert, teilweise auf hohem Niveau sind die Angriffszahlen im Havelland (2018: 3, 2017: 2), Potsdam-Mittelmark (2018: 5, 2017: 7), Potsdam (2018: 11, 2017: 11), Oberspreewald-Lausitz (2018: 5, 2017: 7), Spree-Neiße (2018: 7, 2017: 8), Cottbus (2018: 35, 2017: 32) und Barnim (2018: 13, 2017: 11). Eine gesunkene Anzahl von Angriffen kann in der Prignitz (2018: 5, 2017: 8), Ostprignitz-Ruppin (2018: 4, 2017: 16), Teltow-Fläming (2018: 6, 2017: 14), Elbe-Elster (2018: 2, 2017: 5) und Oder-Spree (2018: 2, 2017: 5) verzeichnet werden.

Gesamtzahl der Angriffe: **174**



Nach Einschätzung der *Opferperspektive* liegt diesen Zahlen keine dynamische Entwicklung wie in den Jahren 2014-2016 zugrunde, sondern es ist zu konstatieren, dass sich das in diesen Jahren entstandene rassistische und gewalttätige Klima verfestigt hat. Die unterschiedliche Entwicklung von 2017 zu 2018 in einzelnen Landkreisen ist weniger Ausdruck eines generellen Trends, sondern stellt das Schwanken um einen hohen Mittelwert dar. Gründe für diese Schwankungen sind regional unterschiedlich. So können eine Strafverfolgung gegen rechte Straftäter*innen einerseits und rechte Mobilisierungen andererseits die Entwicklung der Gewaltstraftaten beeinflussen. Der starke Rückgang rechter Gewalt im Landkreis Ostprignitz-Ruppin z.B. könnte mit Strafverfahren gegen führende Kader der lokalen rechten Szene zu tun haben. Zudem gibt es im Landkreis eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für ein solidarisches Miteinander einsetzt.

Cottbus: Rassistische Anfeindungen sind Alltag

Wie in den Vorjahren sticht die Stadt Cottbus landesweit mit der höchsten Zahl an rechten Gewaltdelikten hervor. Durch die Beratungsstelle wurden in Cottbus 35 rechte Angriffe registriert, die überwiegende Mehrheit hiervon (29) waren rassistisch motiviert und betrafen vor allem Geflüchtete, die in der Stadt ihren Wohnsitz haben. Hauptangriffsorte sind Bereiche im öffentlichen Raum, hier insbesondere im Umfeld von Supermärkten oder Orten des Transits, z.B. Haltestellen des ÖPNV, die von den Betroffenen nicht oder nur mit erheblichem Aufwand gemieden werden können. Des Weiteren berichten Betroffene von einem anhaltenden stark verbreiteten Alltagsrassismus, dem sie in der Stadt Cottbus ausgesetzt sind. Als besonders belastend beschreiben sie die Wechselwirkung von alltagsrassistischen Erfahrungen und konkreten körperlichen Angriffen durch rechte Täter*innen.

Für die Stadt Cottbus kann von einer Normalisierung eines rassistischen Gewaltzustands gesprochen werden, da die Angriffszahlen rassistischer Gewalt in aufeinanderfolgenden Jahren dramatisch hoch sind. In der Cottbuser Zivilgesellschaft gibt es sowohl Einzelpersonen als auch organisierte Strukturen und Einrichtungen, die sich mit den potenziell Betroffenen rechter Gewalt solidarisieren und für ein demokratisches Cottbus eintreten. Dem gegenübersteht allerdings eine sehr starke rechte Szene, die sich in zahlreichen Bereichen verfestigt und dauerhafte Strukturen ausgebildet hat, sei es im Bereich der organisierten Fußballfankultur des *FC Energie Cottbus*, in der Kampfsportszene oder im wirtschaftlich bedeutenden Sicherheitsgewerbe. Die rassistischen Mobilisierungen des Vereins *Zukunft Heimat* zu Beginn des

Jahres brachten in ihrem Höhepunkt mehrere Tausend Teilnehmende auf die Straße und entfalteten große – auch überregionale – Wirkung. Die rassistische Hetze des Vereins hat auch im Alltag der Stadt Konsequenzen. So wurden im März drei afghanische Geflüchtete nahe des Spremberger Turms von zwei Rechten mit einem Teleskopschlagstock angegriffen. Dem Angriff voraus ging die Frage der Täter: „Seid ihr Syrer? Habt ihr Messer dabei?“ In den Monaten zuvor wurde seitens *Zukunft Heimat* immer wieder Angst vor mit Messern bewaffneten syrischen Geflüchteten geschürt. So führt der durch die Kampagne betriebene „Rassismus des Wortes“ zu einem „Rassismus der Tat“.

Von den politischen Verantwortungsträger*innen der Kommune werden widersprüchliche Signale gesendet. Leider viel zu zaghaft und zeitlich verzögert wurde im abgelaufenen Jahr der rechten Hetze verbal Paroli geboten. Viel zu oft wurde darauf verzichtet, gerade Betroffenen rassistischer Attacken deutliche Signale zu senden, dass die Stadt eine Willkommenskultur fördert und an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt steht. Als nach einer antirassistischen Demonstration zum Weltfrauentag der Bus des Projekts „OTTO“ von *Chance e.V.* vollständig zerstört wurde, hüllte sich die Stadtspitze in Schweigen. Zuletzt, nach einer bisher nicht aufgeklärten Auseinandersetzung in der Silvesternacht, waren durch den Stadtsprecher Töne zu vernehmen, die eher dem Vokabular der extremen Rechten entsprechen. Dies sendet – genauso wie die Abschiebungen nach Afghanistan – ein Signal an alle Geflüchteten in Cottbus, dass sie in der Stadt nur bedingt willkommen sind.

Rechte Gewalt in der Uckermark

Schon in den 1990er Jahren war die Uckermark ein Schwerpunktgebiet rechter Angriffe im Norden Brandenburgs. In der aktuellen seit 2015 anhaltenden Situation ist die Uckermark konstant einer der Landkreise mit der höchsten Anzahl rechter Gewaltstraftaten im Land Brandenburg. Von diesem hohen Niveau ausgehend musste im Jahr 2018 ein weiterer Anstieg der Angriffe von 13 auf 27 festgestellt werden. Die meisten rechten Gewalttaten wurden in der Stadt Prenzlau verübt. Die Angriffe richteten sich in der Uckermark ausschließlich gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Tatusübende sind, soweit ersichtlich, meist subkulturell rechts-geprägte Männer, die aber nicht fest in politischen Strukturen organisiert sind. Die meisten Angriffe ereigneten sich als Gelegenheitstaten im öffentlichen Raum, vor allem an Orten, an denen jüngere Geflüchtete außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft ihre Freizeit verbringen, wie etwa der Uckerpromenade in Prenzlau. Die Wirkung der Taten auf die Betroffenen wird durch verschiedene, den Sozialraum prägende Faktoren verstärkt. In der Uckermark machen Betroffene häufig Erfahrungen

mit Alltagsrassismus. Bedingt durch die schwierige ökonomische Lage finden nur wenige von ihnen vor Ort Arbeit, um sich eine eigenständige Existenz aufzubauen. Die Lebensbedingungen für in großen Unterkünften lebende Geflüchtete sind häufig geprägt von einem Mangel an Privatsphäre, einem gewaltvollen Klima in der Unterkunft und der Angst vor Abschiebungen. Als Resultat dieser Umstände fällt es vielen Geflüchteten schwer, Ruhe und Sicherheit zu finden. Viele fühlen sich bedroht und unter Druck gesetzt. Rassistische Gewalt verschärft dieses Problem massiv. Als Folge dessen leiden Betroffene unter psychischen Problemen, die bis hin zu Psychosen und Suizidalität reichen können. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Taten hängt teilweise um Jahre hinter den Angriffen hinterher, sodass die Betroffenen nicht mit dem Erlebten abschließen und Vertrauen in die staatlichen Institutionen aufbauen können. Den politisch Verantwortlichen in Prenzlau fällt es, eventuell auch wegen der laut Umfragen hohen lokalen Zustimmung für die AfD, schwer, sich eindeutig, klar und nicht relativierend zu dem Problem rechter Gewalt zu positionieren. Damit fehlt es mitunter an empathischen und solidarischen Gesten, die den Betroffenen das Verarbeiten des Erlebten erleichtern würden.

Berliner Umland

Ein weiteres Schwerpunktgebiet rechter Gewalt stellt das Berliner Umland dar. Ungefähr ein Drittel der Fälle ereignete sich hier. Damit ist dieses Gebiet zwar in Relation zur dort lebenden Bevölkerung nicht überproportional belastet, in absoluten Zahlen jedoch der Sozialraum mit der höchsten Anzahl von Angriffen in Brandenburg. Dabei resultieren aus den strukturellen Merkmalen des Sozialraumes bestimmte Spezifika des Tatgeschehens und seiner Auswirkungen auf die Betroffenen. Im Siedlungsgürtel um Berlin trifft rassistische Gewalt nicht nur in Unterkünften lebende Geflüchtete, wie in einigen ländlichen Regionen des Landes. Zu den Tatbetroffenen gehören hier auch schon sehr lange in Deutschland lebende Migrant*innen und Deutsche mit Migrationsgeschichte/Schwarze Deutsche, die in Brandenburg Wohnsitz, Ausbildungsstätte oder Arbeitsplatz haben. Daneben sind auch in Brandenburg lebende und arbeitende Geflüchtete betroffen, die versuchen, sich hier eine eigene Existenz aufzubauen. Typischer Ort für Gewalttaten sind Verkehrsknotenpunkte, wie z.B. Bahnhöfe, an denen Pendler*innen Opfer rassistischer Angriffe werden. In der Region existiert eine breite und ausdifferenzierte Zivilgesellschaft, deren Möglichkeit zum Umgang mit den Taten jedoch u.a. von der Lebenssituation der Betroffenen abhängt. Ein Teil der Betroffenen hat aus unterschiedlichen Gründen (noch) keine Verbindung zur lokalen Zivilgesellschaft: Einige haben zwar ihren Wohnsitz in Brandenburg,

aber Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt befinden sich weiterhin in Berlin, andere sind erst vor Kurzem zugezogen, weitere durchqueren die Region lediglich auf dem Weg zur Ausbildungs- oder Arbeitsstätte. Das erschwert teilweise die Unterstützung der Betroffenen. Ein anderer Teil ist hingegen in der Lokalgesellschaft verankert und sozial sowie politisch engagiert. Diese Betroffenen stellen von sich aus die Situation in Brandenburg und den Umgang staatlicher Institutionen damit infrage. Mit diesem selbstbewussten Auftreten sind staatliche Stellen zwar immer wieder überfordert, jedoch leisten die Betroffenen damit einen Beitrag zur Festigung demokratischer Verhältnisse im Land.

Ausblick 2019

Im Rückblick auf die Entwicklung der letzten vier Jahre muss davon ausgegangen werden, dass auch 2019 durch ein hohes Niveau rechter Gewalt geprägt sein wird. Die anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen bieten erfahrungsgemäß ein Agitationsfeld für die extreme Rechte. Zurückliegende Wahlkämpfe gingen jeweils einher mit rechten Gewaltstraftaten, dies ist auch für 2019 zu befürchten. Um dem etwas entgegenzuhalten, sind die demokratischen Parteien gefordert, im Wahlkampf bei der Thematisierung von Flucht und Migration nicht auf rassistische Programmatik und Stereotyp zu setzen, sondern sich nachhaltig gegen Rassismus und rechte Gewalt einzubringen.

Opferperspektive e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
+49 (0)331 8170000
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

Grafiken: Peer Neumann